

abo+ ZU WENIG PLATZ

Asyl-Notlage: Darum verzichtet Luzerner Regierung auf Gemeindezuweisung

Nach knapp einem halben Jahr Pause ruft der Regierungsrat bei der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden wieder die Notlage aus. Das sind die Folgen für den Kanton Luzern.

Livia Fischer

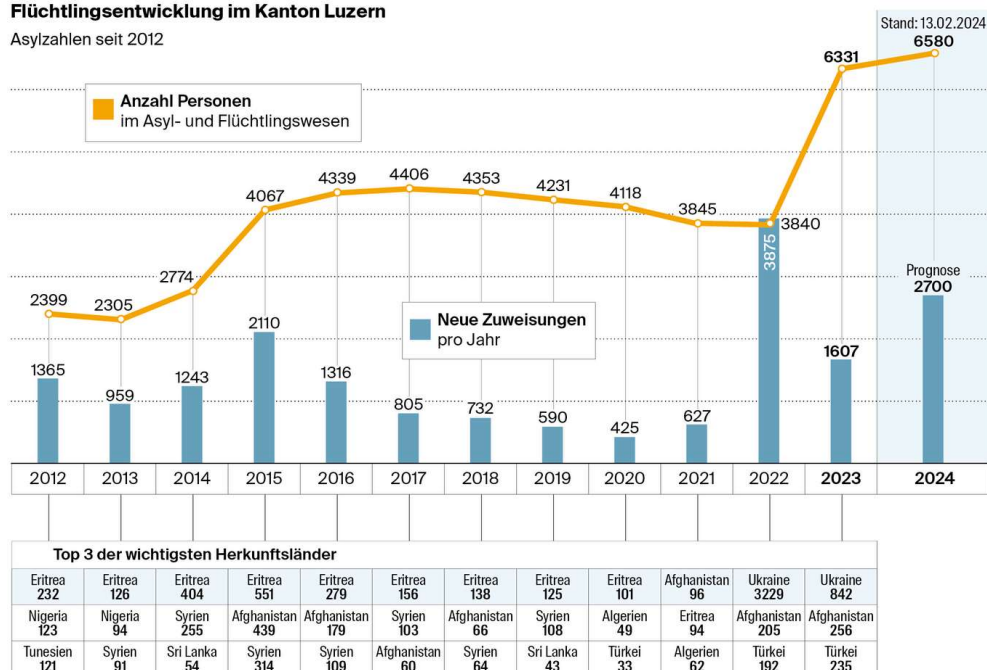
11.03.2024, 18.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**

Viele Flüchtlinge, wenig Unterkünfte. So lässt sich die derzeitige Situation im Asyl- und Flüchtlingswesen beschreiben. [Schon seit Wochen moniert der Kanton Luzern, wie herausfordernd die Lage sei.](#) Und sie wird immer angespannter. Der Bund rechnet damit, dass Luzern dieses Jahr 1440 Personen aus dem ordentlichen Asylverfahren und 1200 Personen mit Schutzstatus S, also Ukrainerinnen und Ukrainer, zugewiesen werden. [Schon jetzt betreut die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen über 6500 Schutzsuchende.](#)

Flüchtlingentwicklung im Kanton Luzern

Asylzahlen seit 2012



Quellen: Staatssekretariat für Migration, Kanton Luzern / Grafik: mop

Nun ruft die Regierung erneut die Notlage aus. Am Montagnachmittag informierte der Kanton zusammen mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG), was das für Luzern bedeutet.

Ersatzabgaben drohen diesmal nicht

Der wichtigste Punkt: Die Gemeindezuweisung tritt vorerst nicht wieder in Kraft. Diese war stark umstritten, weil sie an ein Bonus-Malus-System gekoppelt war und den Gemeinden damit Ersatzabgaben drohten. Mitte-Regierungsrätin und Gesundheitsdirektorin Michaela Tschuor begründet den Entscheid damit, dass sie die Gemeinden mit dem Hinweis auf die angespannte Lage bereits angeschrieben habe und diese derzeit «eine grosse Solidarität zeigen und dem Kanton fremde Liegenschaften melden». Solange dies funktioniere, wolle sie nicht «von oben kommen» und den Gemeinden etwas vorschreiben.

Sibylle Boos-Braun, Präsidentin des VLG, schätzt das. «Das Bonus-Malus-System sorgte teils für Missgunst und hatte auch Gerichtsverfahren zur Folge.» Der Fokus habe zu stark auf den Finanzen statt auf den Unterbringungsmöglichkeiten gelegen. In der Vergangenheit kritisierte Boos zudem, die Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden sei schwierig und hierarchisch geprägt gewesen. Mittlerweile spricht sie von einem Austausch auf Augenhöhe. «Ich bin guten Mutes, dass alle Beteiligten ihre Lehren gezogen haben und es besser laufen wird.»

Gemeinden sollen entscheiden, wann genug ist

Eine Gelingensbedingung, wie sie Boos nennt: Mögliche Ermessensspielräume sind den Gemeinden konsequent zu überlassen. Etwa dann, wenn es darum geht, wie geeignet Wohnraum für die Umnutzung in Flüchtlingsunterkünfte ist. Geht das nicht zu weit? Tschuor findet nicht. «Ich würde gar nicht von <ermessen> reden, aber der Gemeinderat kann am besten einschätzen, was es noch leiden mag. Auf solche Rückmeldungen sind wir angewiesen.»

Als Beispiel nennt sie Pfaffnau, von wo nach der Aufstockung des Asylzentrums St.Urban von 100 auf 160 Plätze die Bitte kam, weiterhin nur ukrainische Flüchtlinge unterzubringen. «Wir werden da auch sicher nicht noch mehr Wohnungen anmieten. Man merkt, dass die Bevölkerungsstruktur ausgereizt ist», sagt Tschuor.

Dass Gemeinden ihre Kompetenz ausnutzen, glaubt sie nicht. «Natürlich gibt es immer Rufe aus gewissen Ecken, die am liebsten gar keine Flüchtlinge aufnehmen würden. Ich traue es den Behörden aber zu, dass sie das Stimmungsbild richtig einordnen können und wissen, wann wirklich eine Grenze erreicht ist.» Schon jetzt sei der Kanton immer wieder mit Gemeinden im Austausch, bei denen die Stimmung zu kippen drohe. «Da schauen wir miteinander, was es braucht, um dem zu entgegenen», sagt Tschuor und nennt als Beispiele Infoveranstaltungen oder Arbeitsgruppen vor Ort.

Kanton beruft Task Force ein

Doch welche Folgen hat die Notlage nun genau? Zusammengefasst kann der Kanton schneller auf benötigte Ressourcen für Schaffung und Betreuung von Unterbringungsplätzen zurückgreifen. Eine Task Force – bestehend aus kantonalen Dienststellen, VLG und Luzerner Polizei – koordiniert das Ganze.

Die finanziellen Auswirkungen der Notlage kann Tschuor noch nicht abschätzen. Auf personeller Ebene werden departementsübergreifend Kantonsmitarbeitende einbezogen – so prüfen zum Beispiel jene der Dienststelle Immobilien laufend neue Liegenschaften. Wahrscheinlich ist auch, dass der Zivilschutz wieder Hand bieten muss. Apropos Zivilschutz: Dessen Anlagen werden nun wieder vermehrt zu Notunterkünften umfunktioniert. Derzeit sind bereits deren zwei in Betrieb, [eine seit Dezember in Dagmersellen](#) und [eine seit Februar in Schenkon](#).



Die Zivilschutzanlage Dagmersellen war schon während der ersten Notlage in Betrieb und wurde im Dezember wiedereröffnet.

Bild: Manuela Jans-Koch (Dagmersellen, 4. 1. 2023)

Unterbringungsstrategie geht nicht auf

Das Hauptproblem für die Platzknappheit: Die Zwei-Phasen-Strategie des Kantons geht nicht auf. «Wir können Personen, die in Zentren leben, kaum noch in Wohnungen unterbringen. Dadurch wird es immer schwieriger, überhaupt noch mehr Personen in den Zentren aufzunehmen», so Tschuor. Das liegt nicht nur am ausgetrockneten Immobilienmarkt, sondern auch an auslaufenden Mietverträgen.

Die jüngsten Beispiele: Ende Juni wird die [temporäre Asylunterkunft in der Marienburg in Wikon](#) aufgelöst, einen Monat später jene im [Haus Bernarda](#) in Luzern. Zusätzlich zu den rund 150 Zuweisungen, die der Kanton monatlich erwartet, müssen damit in kürzester Zeit 225 Menschen umplatziert werden. Die Marienburg macht

160 Plätze aus. Für Tschuor kommt deren Wegfall zu einem «ungünstigen Zeitpunkt». Obwohl von Anfang an klar gewesen sei, dass der Vertrag nur befristet ist, habe sie gehofft, diesen noch um ein Jahr verlängern zu können.

Hinzu kommt: Immer mehr Gemeinden melden Eigenbedarf an Objekten mit Asylplätzen an. Ein Beispiel findet sich in Malters, wo Boos Gemeindepräsidentin ist. Vor zwei Jahren stellte die Gemeinde einen ehemaligen Kindergarten als Kollektivunterkunft mit 34 Plätzen zur Verfügung. Ende April ist damit Schluss, der Ort wird für die Bildung im Rahmen von Spielgruppen D gebraucht. «Wegen der steigenden Schülerzahlen kommen viele Gemeinden in diesen Konflikt», sagt Boos und ergänzt, dass es künftig vermutlich mehr Containersiedlungen brauche.

Mehr zum Thema

abo+ WIKON

160 Flüchtlinge müssen die Marienburg im Sommer verlassen – und einem Bildungsinstitut Platz machen

04.03.2024



abo+ FLÜCHTLINGSBEWEGUNG

Neue Spitze erreicht: So haben sich die Asylzahlen im Kanton Luzern entwickelt

26.02.2024

